Universitätsbibliothek Saarbrücken

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 33.— Mk. Bei der Post bezogen 39.— Mk. Zeilenpreise: Die 8gespaltene mm-Zeile, 41 mm breit, 0,50 Mk. Die 90 mm breite Reklamezeile 1.— Mk. Bei Wiederholungen günstiger Rabatt.

Nr. 1 51. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 4. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 60. Postfach 10.

Beilegung des Eisenbahnerstreiks.

Eine Einigung erzielt. — Briand vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Aus zuverlässiger Quelle hören wir, daß der Streik der Eisenbahner beigelegt worden ist, nachdem in Berlin eine Einigung erzielt wurde. Infolge dieser Tatsache hat die Streikleitung (Cöln) an ihre Organe Aufrufe erlassen, am Montag früh 6 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen.

Briand zur Frage der Reparationen.

WTB. Paris, 1. Jan. Briand erschien gestern vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Er erklärte zur Frage der deutschen Schuld, auf keinen Fall dürfe die von Frankreich zu fordernde Summe in Gold oder die Sachleistungen herabgesetzt werden. In Sachen des Wiederaufbaues Europas sei die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Deutschland besprochen worden. Aber nicht nur unter den Regierungen, sondern auch unter Finanz-, Handels- und Industrieunternehmungen verschiedener Länder solle diese gemeinsame Tätigkeit stattfinden. Briand soll nach dem Petit Parisien ferner erklärt haben, wenn Deutschland nicht zahle, würden automatisch die Sanktionen in Kraft treten und wenn eine Herabsetzung der deutschen Schuld (die Zahl von 500 Mill. Goldmark sei in der Debatte erwogen worden) ins Auge gefaßt werde, so sei formell zwischen ihm und Lloyd George abgemacht worden, daß der Anteil für Frankreich für 1922 keine Verminderung erfahren könne. Der Unterschied werde durch Ermäßigungen, die die Alliierten auf ihren Anteil nehmen oder mit ihrem Einverständnis durch eine Verstärkung der Lieferungen in natura gedeckt, die Deutschland in natura leisten solle. Mit Bezug auf die alliierten Verhandlungen erklärte Briand, daß die Wechselkurse stabilisiert werden sollen. Was Cannes betreffe, so sei ein jetzt umrissenes Programm, hervorgegangen aus genauer Kenntnis der Sachlage, noch nicht festgestellt worden. Nach dem Echo de Paris erklärte Ministerpräsident Briand im Senatsausschuß weiter, eine Schuld, die durch Vertrag festgesetzt worden sei, könne weder ausgelöscht noch in irgend einer Form vermindert werden ohne Einverständnis aller Unterzeichner, aber zumal der Gläubiger und der Länder, die von den Zahlungen Nutzen zu ziehen hätten. Auf Anfrage sagte Briand, die Reparationsfrage solle bei der europäischen Wirtschaftskonferenz nicht verhandelt werden. Ernste Schwierigkeiten wegen Anatolien hätten zwischen England und Frankreich nicht bestanden.

Stresemann und die Reparationsfrage.

dz. Berlin, 31. Dez. Die Freiheit veröffentlicht gestern eine Notiz, in der mitgeteilt wird, daß der Reichstagsabgeordnete Stresemann den Versuch unternommen habe, eine sogenannte interparlamentarische Konferenz in Amsterdam zur Besprechung der Reparationsfrage zusammenzuberufen. Stresemann habe die deutsche Regierung bereits eingeladen, zu der Besprechung in Amsterdam Delegierte zu senden. Diese Einladung sei ohne Wissen des Reichskanzlers und des Kabinetts erfolgt. Hierzu erklärt heute das volksparteiliche Blatt „Die Zeit" unter der Ueberschrift: „Ein Vertrauensbruch": Von englischer Seite ist durch eine Vertrauensperson an Stresemann die Anregung gelangt, eine Zusammenkunft englischer und deutscher Parlamentarier zustande zu bringen, auf der über das Reparationsproblem gesprochen werden solle. Voraussetzung von englischer Seite war, daß die Vertraulichkeit dieses Planes strengstens gewahrt werde. Darauf sind die wenigen Abgeordneten, mit denen Stresemann über die Sache gesprochen hat, ausdrücklich hingewiesen worden. Wenn man trotzdem einen Vertrauensbruch begangen und die Sache an die Oeffentlichkeit gebracht hat, dürfte der Gedanke der Zusammenkunft allerdings gescheitert sein. Das Auswärtige Amt wäre selbstverständlich in Kenntnis gesetzt worden, sobald die Fühlung mit den verschiedenen Fraktionen ergeben hätte, daß auf deutscher Seite Geneigtheit besteht, an der Zusammenkunft teilzunehmen.

Persönliche Politik Poincares.

dz. Berlin, 31. Dez. Im Berliner Tageblatt veröffentlicht Theodor Wolff die angekündigten Dokumente zur Beleuchtung der persönlichen Politik Poincares, und zwar handelt es sich um Berichte Iswolskys aus den Jahren 1912 bis 1914, die von der Sowjetregierung aus russischen Archiven zu Tage gefördert und demnächst veröffentlicht werden sollen. In einem der Berichte vom 15. 12. 1912 heißt es, Poincare habe die englische Regierung darauf hingewiesen, daß die Unterschrift Englands unter den Neutralisierungsvertrag mit Deutschland den derzeitigen englisch-französischen Beziehungen ein sofortiges Ende bereiten würde. Unter dem 18. Dezember 1912 veröffentlicht Iswolsky ein Telegramm des russischen Generalstabes, nach dem dieser den österreichischen Rüstungen rein defensiven Charakter beimißt, und nach dem Rußland selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß Oesterreich einen Ueberfall auf Serbien machen würde, nicht Krieg führen werde. Dies versetzte Poincare und alle französischen Minister in größte Bestürzung. In demselben Berichte heißt es: „Ich beeile mich, die jetzt uns wünschenswerte Stimmung in den Regierungs- und politischen Kreisen zu erhalten und versuche gleichzeitig, auf die Presse einzuwirken. Wie Ihnen bekannt ist, beteilige ich mich nicht direkt an der Verteilung von Subsidien, die Verteilung wird aber unter Mitwirkung der französischen Minister vorgenommen und hat bereits die notwendigen Wirkungen gehabt." — Am 20. Januar 1913, kurz nach der Wahl Poincares zum Präsidenten der Republik, berichtet Iswolsky über eine längere Unterredung mit Poincare, der geäußert habe, daß er alles aufbieten werde, sich des ihm zustehenden direkten Einflusses auf die französische Außenpolitik zu bedienen, um die Unveränderlichkeit einer auf dem festgefügten Bündnis mit Rußland aufgebauten Politik sicher zu stellen. Es sei der französischen Regierung von äußerster Wichtigkeit, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung auf die Beteiligung Frankreichs an einem durch die Lage auf dem Balkan hervorgerufenen Krieg vorzubereiten. Daher möge Rußland keine Einzelhandlungen vornehmen, die einen solchen Krieg ohne vorausgegangenen Meinungsaustausch mit Frankreich hervorrufen könnten. In einem Briefe Iswolskys an Sasonow vom 30. Januar 1913 wird bemerkt, aus seiner letzten Unterredung mit Poincare habe er folgenden Schluß gezogen: Die französische Regierung ist sich dessen bewußt, daß das Endergebnis der augenblicklichen Verwicklungen die Teilnahme Frankreichs an einem allgemeinen Kriege nötig machen werde, und sieht dieser Notwendigkeit kaltblütig entgegen. Damit aber Frankreich jede Minute in weitestem Maße seine Hilfe anbieten könne, bittet uns die französische Regierung inständig, keine Einzelhandlungen ohne vorausgegangenen Gedankenaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen, denn nur unter dieser Bedingung könne die Regierung die französische öffentliche Meinung erfolgreich für die Notwendigkeit der Teilnahme an einem Kriege vorbereiten. Am Schluße dieses Berichts, in dem, wie Iswolsky hervorhebt, die Begründung der Herren Poincare und Jonnart mit fast stenographischer Genauigkeit wiedergegeben wird, erzählt der Botschafter von einem neuen Versuch des Berliner Kabinetts, Frankreich in eine Sonderverhandlung über die Balkanangelegenheiten zu ziehen, und bemerkt, Poincare habe ihm gesagt, er kenne die Neigung Londons zu besonderen Besprechungen mit dem Berliner Kabinett, und er habe Jonnart auf die Möglichkeit hingewiesen, derartigen Versuchen Jagows ein Ende zu machen.

In einem Kommentar zu diesen Mitteilungen bemerkt Theodor Wolff, daß Poincare schon, als er die höchste Stufe im Staate erreicht hatte, von dieser Höhe aus den kommenden Krieg als etwas Selbstverständliches angesehen habe. Er sträubte sich nicht gegen diesen Gedanken, er wünschte und verlangte von Rußland nicht etwa eine friedliche Politik, sondern nur, daß man ihn rechtzeitig in alles einweihe. Er begründet diesen Wunsch nicht mit der Hoffnung, das Unheil noch abzuwehren, sondern lediglich damit, daß er sonst das französische Volk nicht für die Teilnahme am Kriege vorbereiten könne. Besonders weist Wolff noch darauf hin, daß durch den Bericht Iswolskys die Behauptung Poincares, er habe an der Erhaltung des ... gen seiner Politik unangezweifelten Verdienst keinen Anteil, widerlegt werde. Zum Schluße erklärt Wolff, Poincare könne sicher sein, daß noch manches, was in vergessenen Schränken ruht, ans Licht kommen werde.

Die ersten Ergebnisse der internationalen Wirtschaftskonferenz für den Wiederaufbau Europas.

dz. Paris, 31. Dez. Die Arbeiten der internationalen Wirtschaftskonferenz für den Wiederaufbau Europas haben nach dem Matin zu einem ersten Ergebnis geführt. Die französische und britische Delegation haben die Statuten des zu begründenden Konsortiums entworfen und sie den italienischen und belgischen Vertretern vorgelegt. Die italienische Delegation habe verschiedene Amendements vorgeschlagen, weil sie wünsche, daß die Befugnisse des Konsortiums sich auch auf die Stabilisierung der Wechselkurse ausdehne. Auch die Frage der Bedingungen, unter denen die Vereinigten Staaten dem Konsortium teilnehmen können, ist diskutiert worden. Finanzielle Garantien sollen von den Regierungen der Länder verlangt werden, die an dem Unternehmen teilnehmen. Die Diskussion wird heute vormittag über alle diese Fragen fortgesetzt und man hofft, dann den endgültigen Text der Statuten bestimmen zu können. Von diesem Augenblick an soll nach dem Matin das Konsortium als offiziell gebildet angesehen werden, damit eine internationale Konferenz jedenfalls in der zweiten Hälfte des Februar stattfinden könne.

Lord Curzon in Cannes.

dz. Paris, 31. Dez. Dem „Matin" wird aus London berichtet: Es gilt in unterrichteten Kreisen als sicher, Lloyd George werde schon am 14. Januar wieder in London sein. Nach verschiedenen Meldungen aus London wird Lord Curzon am kommenden Dienstag nach Cannes reisen, um an den Verhandlungen des Obersten Rates teilzunehmen.

Der Mißerfolg der Washingtoner Konferenz Frankreich zugeschoben.

dz. London, 31. Dez. Einem Sonderberichterstatter der Times zufolge, wird die Haltung Frankreichs in Amerika mit Bestürzung und sogar mit Zorn aufgenommen. Das Blatt schreibt in einem Leitartikel, die Möglichkeit, daß Frankreich die Verantwortung für einen Teil des Mißerfolges der Washingtoner Konferenz zugeschrieben werde, sei von sehr ernster Bedeutung bei der augenblicklichen Lage Europas. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich würden ungeheuer gewonnen haben, wenn sie in der Lage gewesen wären, in Washington eine vereinte Front zu zeigen. Das Schauspiel der Uneinigkeit zwischen den beiden europäischen Alliierten habe die gesamte amerikanische öffentliche Meinung erschüttert. Es sei jedoch noch nicht zu spät, um das bereits angerichtete Uebel wieder gutzumachen, und von diesem Standpunkt gesehen, sei die bevorstehende Zusammenkunft des Obersten Rates in Cannes von höchster Bedeutung. In Cannes werde noch einmal eine Gelegenheit geboten, durch eine weise und gewaltige Politik eine Kluft zu überbrücken, die, wie man sich jetzt nicht mehr verheimlichen könne, eine ernste Gefahr für den Frieden der Welt darstelle. — Daily Mail schreibt, es scheine jetzt sicher, daß der Oberste Rat die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz zu Beginn des neuen Jahres erörtern werde. Deshalb sei wahrscheinlich, daß der Oberste Rat der Anwesenheit sowohl der deutschen als auch der russischen Vertreter auf dieser Konferenz zustimmen werde. Vielleicht sogar die Teilnahme der Vereinigten Staaten. — Daily Chronicle schreibt in einem „Cannes" überschriebenen Leitartikel, Cannes könne den Grundstein einer neuen europäischen Solidarität legen und zur Einleitung einer neuen Politik internationaler Unterstützung mit Geld und ideelleren Dingen führen. Cannes müsse die politische Grundlage sicher stellen, auf denen allein eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgebaut werden könnten. Der Schlüssel dazu sei ein politisches Einvernehmen zwischen England und Frankreich.

Nachstehender Kommentar dient zum weiteren Verständnis:

dz. London, 31. Dez. Einer Reutermeldung aus Washington zufolge erklärte Sarraut auf der gestrigen Sitzung, der Eindruck, Frankreich beginne von den andern auf der Konferenz vertretenen Mächten mit Argwohn betrachtet zu werden. Das könne nicht so weiter gehen. Die Stellung Frankreichs fange an, sehr unerfreulich (uncomfortable) zu werden. Einige Delegierte gaben über den Zwischenfall folgende Version: Die Bemerkungen der französischen Delegierten wurden veranlaßt dadurch, daß Lord Lee einen Artikel von Hauptmann Castex vom französischen Flottengeneralstab, der in einer französischen Zeitschrift erschienen war, verlas. In dem Artikel heißt es, die einzige Waffe, die Frankreich besitze, um seine Küsten zu verteidigen und im Falle eines Krieges mit Großbritannien die britische Flotte anzugreifen und zu zerstören, seien die U-Boote. Admiral de Bon und Sarraut erklärten sofort, dieser Artikel stelle in keiner Weise die Ansicht des französischen Flottengeneralstabes dar. Sarraut erklärte, Frankreich werde die U-Boote nicht in der barbarischen Weise verwenden, wie Deutschland dies getan habe. Er beklagte sich über irreführende Darstellungen der französischen Ansicht, die, wie er höre, von anderen Delegationen ausgingen. Sarraut nahm auch Bezug auf eine Karrikatur, die gestern in einem Newyorker Blatte erschien, und in der Frankreich dargestellt wird, wie es sich einen deutschen Helm als Zeichen des militärischen Imperialismus auf den Kopf setzt. Sarraut erklärte, das französische Gefühl werde durch eine solche Karrikatur sehr verletzt.

Das Vorgehen der deutschen Delegation.

st. Paris, 31. Dez. Der „Matin" kritisiert in einer politischen Notiz äußerst heftig das Vorgehen der deutschen Delegation, die gestern mit der Reparationskommission verhandelt hat. Er meint, die Gesamtheit des deutschen Schrittes erscheine immer mehr als ein sehr mittelmäßiges Manöver. Diese wichtige Delegation, die ausdrücklich verlangt habe, daß sie von der Reparationskommission gehört werde, habe nichts anderes von sich gegeben, als daß sie erklärt habe, sie könne nichts sagen. Man müsse hoffen, meint der „Matin", daß unter diesen Verhältnissen die alliierten Regierungen mit allen Kräften die Reparationskommission unterstützen werden. Es genügt in der Tat nicht, heißt es in dem Blatt, daß man im Hotel Astoria den Deutschen gesagt hat, es sei an ihnen, eine Erklärung zu geben und daß die Deutschen diese Erklärung für die nächsten 48 Stunden versprochen hätten. Es sei notwendig, daß die Deutschen sich darüber Rechenschaft ablegten, daß sie seitens keiner der alliierten Regierungen auch nur die geringste Hoffnung haben, in einer Angelegenheit unterstützt zu werden, in der sie im Unrecht sind. Es sei wahrscheinlich, daß die Deutschen nunmehr alle Kriegslisten anwenden würden, um sich ihrer Verpflichtungen zu entziehen.

Der Grund zur Einladung Deutschlands und Rußlands.

st. London, 31. Dez. Der Plan zu einer allgemeinen Konferenz der europäischen Staaten auch Deutschland und Rußland einzuladen ist unter anderem auch dadurch gefördert worden, daß die englische Industrie befürchtet, ohne eine solche allgemeine Verständigung von dem russischen Markt und dem des Auslandes überhaupt ausgeschlossen zu werden. Einer der führenden englischen Großindustriellen behauptet in der „Pall Mall Gazette", daß Deutschland den gesamten Handel mit Rußland an sich zu reißen im Begriffe sei. Eisenwerke, Maschinenfabriken und sonstige Industrieunternehmungen arbeiteten „fieberhaft" um den russischen Markt zu versehen und um Rußland die Ueberzeugung beizubringen, daß es keine Erlösung aus den industriellen und kommerziellen Nöten als in Deutschland finden könne. Wenn man Deutschland weiter festen Fuß in Rußland fassen ließe, so würde der Vorsprung der deutschen Industrie niemals wieder eingeholt werden können. Die deutsche Industrie nehme jedes Risiko auf sich, um sich Lieferungen für Rußland zu sichern. In diesem Bestreben werde sie durch die Regierung unterstützt, die die Industriellen „subventioniert" anstatt die hierfür verwandten Summen zur Deckung der Reparationen an die Alliierten abzuführen. Die Alliierten dürften daher auf den bevorstehenden Konferenzen keinen Beschluß fassen, der es Deutschland ermöglichen würde, seine eigenen Interessen auf Kosten der Alliierten zu fördern.

Zum Eintreffen Dr. Rathenaus in Paris.

st. Paris, 31. Dez. Das Echo de Paris sieht in seiner politischen Note als Charakteristikum für Dr. Rathenau folgende Aeußerung, welche der frühere Wiederaufbauminister gelegentlich getan haben soll, nämlich: „Ich vertrete nicht wie Herr Stinnes, Deutschland, sondern ich vertrete den internationalen Finanzgeist." Das Blatt meint, ein solcher Geisteszustand sei das beste Mittel, um als gute Einführung bei der Konferenz zu dienen. Die übrigen Morgenblätter geben sich ausgesprochene Mühe, Rathenau nicht mit allzu offenen Armen zu begrüßen. Der „Petit Parisien" meint, er sei vielleicht derjenige, der durch seine europäische Kultur und durch die Rolle, die er bei den Wiesbadener Verhandlungen gespielt hat, am geeignetsten sei, um die kommenden Schwierigkeiten beizulegen. Vom deutschen Standpunkt aus kann diese günstige Aufnahme, die Dr. Rathenau in Paris findet, nur angenehm sein. Immerhin dürfte es im Interesse unseres Vaterlandes liegen, daß Rathenau sich bei den Verhandlungen etwas mehr vom deutschen, als vom internationalen Finanzgeist leiten läßt, von dem wir nachgerade mehr als genug haben.

Zur U-Bootfrage.

Heftige Angriffe der englischen Presse gegen die französische Unterseebootspolitik.

st. London, 31. Dez. Die gesamte englische Presse ohne Ausnahme nimmt mit zunehmender Schärfe Stellung gegen Frankreich. Selbst die Northcliff-Blätter können in der heutigen Ausgabe nicht umhin, scharfe Kritik an dem Verhalten Frankreichs zu üben. So sagt die frankophile Morningpost, daß das Vorgehen Frankreichs die zukünftigen amerikanisch-europäischen Beziehungen nur schädigen könne. Es möge ja sein, daß Frankreich mit seiner Taktik einen Druck auf England auszuüben trachte, um bessere Garantien gegen Deutschland zu erlangen als sie es bisher erreichen konnte, und um bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen mehr herauszuschlagen. „Wenn dem so ist", so schließt das Blatt, „werden Harding und Hughes sich sehr übel aufnehmen, daß Frankreich sich der Konferenz von Washington zu bedienen sucht, um mit einem anderen europäischen Lande Geschäfte zu machen."

Die „Times" schreiben in ihrem Leitartikel: „Wir bedauern die Entscheidung Frankreichs aus mehreren Gründen. Sie kann nur eine üble Wirkung auf die amerikanische öffentliche Meinung haben, die mit Ausnahme der Gruppe Hearst, mit Stolz und wachsendem Vertrauen einem vollen Erfolge der Abrüstungskonferenz entgegen sah. Die Enttäuschung wird eine beträchtliche sein und sie kann bedauerliche Folgen im Bezug auf die Haltung des amerikanischen Volkes gegenüber wichtigen Problemen haben. Wir zögern nicht, darauf hinzuweisen, daß die durch Frankreich angenommene Haltung die amerikanische Sympathie ihm gegenüber unweigerlich schwächen wird und zweifellos für einen gewissen Zeitraum."

Die „Westminster Gazette", das Hauptorgan der liberalen Partei, sagt: „Diejenigen, welche auf der Schaffung von solchen Waffen (Unterseebooten) bestehen, setzen sich dem Verdacht aus, noch andere als reine Verteidigungspläne zu verfolgen und sie können unmöglich dafür die Unterstützung und die Sympathie ihrer Nachbarn finden. Die französische Regierung hat noch Zeit, sich die Sache zu überlegen, bevor der Oberste Rat sich in Cannes versammelt und wir hoffen, daß sie dieselbe nützen wird. Großbritannien wünscht lebhaft, die Entente mit Frankreich aufrecht zu erhalten. Es begreift die Enttäuschung Frankreichs gegenüber der nicht erfolgten Ratifikation des Dreimächteabkommens, welches es als Garantie gewünscht hatte, und gegenüber der Unmöglichkeit, augenblicklich die Reparationssummen in dem Ausmaß zu erhalten, welches es erwartet hatte. Das britische Volk ist bereit, Opfer zur Unterstützung Frankreichs zu bringen. Es wäre aber unvernünftig von ihm zu verlangen, daß es Nachbarn unterstützt, die große Summen zur Herstellung einer Waffe bereitstellen, die nur gegen es selbst angewandt werden könne. Wir bedauern auf das Tiefste die Entscheidungen Frankreichs und wir bitten es, sich die Sache noch einmal zu überlegen, solange noch Zeit dazu ist."